

Euro standen dem Hilfswerk 2020 für seine Arbeit zur Verfügung. Gefördert wurden Projekte in rund 100 Ländern.

Studie: Klimaprämie von rund 130 Euro pro Kopf und Jahr ist machbar

Berlin, Bonn (epd). Kirchen, Umwelt- und Sozialverbände sprechen sich für die Auszahlung einer pauschalen Klimaprämie als Ausgleich für den steigenden CO₂-Preis aus. Wie aus einer am Donnerstag in Berlin vorgestellten Studie hervorgeht, wäre eine solche Rückzahlung an die Bevölkerung etwa in Höhe von insgesamt rund 130 Euro pro Kopf und Jahr kostengünstig und rechtssicher sowie ohne viel Bürokratie machbar.

Die Klimaprämie solle in einem gewissen Rahmen die zusätzlichen Kosten kompensieren, die wegen des Kohlendioxid-Preises auf fossile Energieträger entstehen, hieß es. Dieser liegt aktuell bei 30 Euro pro Tonne CO₂ und wird in den nächsten Jahren steigen. Die „Machbarkeitsstudie“ wurde von der Klima-Allianz Deutschland, dem Deutschen Naturschutzring, Germanwatch (Bonn), dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), dem WWF und dem Institut für Kirche und Gesellschaft der evangelischen Kirche von Westfalen (Schwerte) in Auftrag gegeben und von der Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer umgesetzt.

Die Autoren schlagen vor, das Geld im „Huckepackverfahren“ auszuzahlen, und zwar zum Beispiel über die Lohnsteuererstattung, die Grundsicherung, die Renten oder das Kindergeld. Ein digitales „Klimaprämien-Register“ müsse zudem beim Bundeszentralamt für Steuern eingerichtet werden, welches mithilfe der Steuer-ID sicherstellen könnte, dass niemand doppelt kassiert. Die meisten Berechtigten könnten zudem identifiziert werden, ohne dass sie Anträge stellen müssen.

Die Geschäftsführerin vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Antje von Broock, sagte, die Klimaprämie müsse für die Menschen als solche zu erkennen sein, da das Ziel des CO₂-Preises eine Verhaltensänderung zugunsten des Klimaschutzes sei.

Der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, Ulrich Schneider, erläuterte, der Chefarzt bekomme genauso viel wie die Krankenschwester. Das gerechte sei aber, „der Chefarzt zahlt drauf“. Denn der Chefarzt habe, wenn er zwei Kühlschränke, mehrere Laptops für die Familie und vielleicht noch eine kleine Sauna im Keller habe, einen deutlich höheren CO₂-Fußabdruck. Die Krankenschwester hingegen werde belohnt für ihre sparsame Haushaltsführung im Energiebereich.

Kirchen

Gesellschaft

Prälat Martin Dutzmann, Bevollmächtigter des Rates der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD), sagte, ohne Ausgleich belaste ein spürbarer CO2-Preis ärmere Haushalte überproportional. Daher sei eine Klimaprämie ökologisch und fair. Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch, erklärte, da die Prämie pro Kopf gezahlt werde, profitierten vor allem auch Haushalte mit Kindern.

Mehrheit begrüßt angekündigte Lockerungen der Corona-Maßnahmen

Köln (epd). Die von Bund und Ländern beschlossenen Lockerungen bei den Corona-Maßnahmen stoßen bei den Bundesbürgern auf deutliche Zustimmung. Laut der Umfrage Deutschland-Trend im Auftrag des ARD-Morgenmagazins (Freitag) halten zwei Drittel (67 Prozent) der Befragten die Pläne für angemessen, wie der WDR mitteilte. 27 Prozent hielten die angekündigte Aufhebung von Einschränkungen für nicht angemessen. Die Sympathien für die geplante Rücknahme von Maßnahmen überwiegen demnach in allen Bevölkerungs- und Wählergruppen. Besonders hoch sei die Zustimmung bei FDP-Wählern (72 Prozent) und Anhängern der AfD (83 Prozent). Im Vergleich der Altersgruppen äußerten sich ältere Deutsche über 65 zwar etwas verhaltener, aber auch sie gelangen zu einem mehrheitlich positiven Urteil (57 Prozent).

Bund und Länder hatten am Mittwoch eine schrittweise Aufhebung der Pandemie-Maßnahmen bis zum 20. März vereinbart. Als erstes sollen die Einschränkungen für private Treffen für Geimpfte und Genesene sowie die 2G-Regelung im Einzelhandel entfallen. Im zweiten Schritt ist eine Lockerung der Zugangsbeschränkungen in Gastwirtschaft und Freizeit geplant. Mit dem Auslaufen der Gesetzesgrundlage für die derzeitigen Einschränkungen am 19. März sollen auch alle anderen Schutzmaßnahmen enden. Für den Deutschland-Trend befragte das Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap am 15. und 16. Februar 1.202 Wahlberechtigte in Deutschland telefonisch oder online.

Wüst würdigt Beitrag der Einwanderer zur Geschichte des Landes NRW

Düsseldorf (epd). Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) hat den Beitrag der Einwanderinnen und Einwanderer zum wirtschaftlichem Erfolg und zur kulturellen Vielfalt des Landes gewürdigt. "Dass wir hier in Nordrhein-Westfalen alle Chancen haben, verdanken wir auch der ersten Generation von Gastarbeitern.

Gesellschaft